

Liebe FreundInnen eines anderen Europas!

Wollen Sie, dass es so weitergeht?

Ökonomischer Megacrash. Arbeitsplatzvernichtung. Ausbeutung, Gefügigmachung und Diskriminierung von ökonomisch und sozial Benachteiligten, Frauen, MigrantInnen und Jugendlichen. Kriminalität, Krieg und Gewalt. Renaissance der Atomindustrie. Gentechnikdiktat etc.etc.

Weltweit führen die Gewinnmaximierungspandemie, pranaoider Herrschaftswahn, Konsumierungszwang und die pathogene Pervertierung des Lustprinzips zur Verelendung und Ausbeutung von Millionen Mitmenschen und zur eskalierenden Vernichtung unseres Lebensraums.

Nein zur neoliberalen Konstruktion der EU!

Oberste Priorität der EU-Politik und Wurzel all dieser Übel ist das Maastrichter Deregulierungs-, Privatisierungs-, Liberalisierungs- und Wettbewerbsdogma.

Mit Hilfe dieses neoliberalen Konstrukts regieren Kommission und EuGH in alle ökonomischen, sozialen und ökologischen Angelegenheiten hinein. Bis in Gemeinden und Unternehmen.

Im schöneredeten Lissabonvertrag wird diese falsche Prioritätensetzung einbetoniert. Durch die vielgepriesene Ausweitung des Mehrheitsentscheidungsprinzips droht der EU-Zug zukünftig noch schneller in die verkehrte Richtung zu fahren.

Bezüglich der Vorherrschaft der Eliten, der Umverteilung von unten nach oben und was den Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes

betrifft. Und bezüglich der Benachteiligung all jener, die keine Systemprofiteure sind. Bei Gesundheit, Wohnen, Sozialleistungen und Bildung.

Nein zum EU-Räuber- und Gendarmenspiel!

Dieses geht so: Die Kommission hat - auch zukünftig - das Monopol auf legislative und exekutive Initiativen. Sie startet einen neoliberalen Raubzug wie z.B. die Dienstleistungs- oder Arbeitszeitrichtlinie. Die teuren Parlamentgendarmen verschwenden ihre Zeit damit, das Ärgste zu verhindern. Bei den EuGH Raubzügen in Sachen Lohndumping und Gensaatgut sind die Gendarmen nur Zuschauer.

"Das schwächste Parlament der Welt" (C.Felber, Standard, 2.6.2009) kämpft seit 1993 vergeblich um eine Hedgefondsregulierung und scheitert kläglich mit der Forderung "die wirtschaftlichen Freiheiten, ..., .. so auszulegen, dass sie ... grundlegende Sozialrechte nicht beeinträchtigen."

Ja zu einem gemeinsamen Aufbruch!

Macht es in Anbetracht der realen Machtverhältnisse überhaupt Sinn, ein anderes Europa anzudenken?

Die Gegenfrage lautet: Wollen wir als nützliche Idioten der Finanzmarktakteure und Konzerne enden?

Oder wollen wir uns gemeinsam mit fortschrittlichen Menschen aller Professionen, Generationen, Herkunft und Mitgliedstaaten daran machen, einen gewaltlosen Systemwechsel zu einer solidarischen Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten?

Zu einem System, dass in allen Teilbereichen den Interessen der

Menschen und Bedürfnissen der Natur oberste Priorität einräumt.

Am 28. März 2009 haben in ganz Europa zehntausende Menschen für so ein System demonstriert.

Ja zu einem anderen Europa! ¹⁾

Am 4/5. Mai 2009 wurden in Wien im Rahmen der Konferenz „Ein anderes Europa schaffen“ wichtige Weichen für ein anderes Europa gestellt. Organisiert wurde diese Konferenz von der AK Wien, Attac, BEIGEWUM, GPA djp, Grüne Bildungswerkstatt, ÖGB, ÖKO-BÜRO, Renner Institut und SERI.

Fragen und Überlegungen, die dabei auf der Tagesordnung standen und noch zu diskutieren sein werden, finden Sie umseitig. Die Forderungen vom 28. März haben darin Eingang gefunden.

Stimmen Sie auf www.eunew.eu für ein anderes Europa! ¹⁾

Hier können Sie rund um die Uhr für ein anderes Europa ¹⁾ stimmen. Und dabei Insider-Infos über die Europapolitik bestellen. Und die „Journey to another Europe“ CD anhören und downloaden - und mit etwas Glück sogar gewinnen.

Was tun Sie bei Wahlen in der Wahlzelle?

Vergleichen Sie die Programme mit den Inhalten dieser beiden Seiten. Aktuelle Fragen hilft Ihnen in Österreich die Wahlkabine auf www.eunew.eu zu beantworten.

Infomieren Sie bitte auch andere über diese Initiative.

Politikwerkstatt

Europa neu gestalten

Eine Kooperation von Menschen und Organisationen, die sich für eine Politik einsetzen, die den Interessen der Menschen und den Bedürfnissen der Natur oberste Priorität einräumt

Europa-Erneuerungs-Telegramm

Finanzmärkte und Konzerne demokratisieren!

Finanztransaktionen besteuern und regulieren. Transaktionen ohne realwirtschaftlichen Bezug und hochspekulative Fonds verbieten. Steuer-oasen schließen, Banken demokratisieren. Profiteure zur Kassa bitten, Entwicklungsländer entschulden. Ein Weltwährungssystem mit festen Wechselkursen etablieren.

Wir müssen unsere Unternehmen gleichberechtigt mitgestalten können.

Wir brauchen eine intelligent regulierte, vom Gewinnmaximierungszwang befreite, regionalitätstfördernde, solidarische Wirtschaft und Gesellschaft. Keinen amputierten Kapitalismus. Keinen repressiven Sozialismus oder Kommunismus. Sondern einen auf gegenseitige Förderung ausgerichteten, Lebensfreude produzierenden „Kooperationismus“, in dem Demokratie, Soziales, Ökologie, Frieden und Fairness absoluten Vorrang haben.

Keine Befehle von „oben“ mehr!

Neukonstruktion einer subsidiären Union. Kommission und Rat entmachten, Parlamente aufwerten. Die Menschen müssen Entwicklungen mit Hilfe differenzierter direktdemokratischer Instrumente durchsetzen und verhindern können.

Rechte, die halten was sie versprechen.

Die Grundrechtscharta droht auf-



grund ihrer Anwendungseinschränkungen zur Mogelpackung zu verkommen. Durch Datenschutzrichtlinie und Terrorfahndung droht der totale Überwachungsstaat.

Bei der Realisierung von Innovationen ist zukünftig streng nach dem Vorsorgeprinzip vorzugehen.

So lange eine Schädigung von Mensch oder Natur nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, ist die Realisierung eines Vorhabens zu unterlassen.

Weil Betroffene gegenüber Schadensverursachern heute meist auf verlorenem Posten stehen, braucht es ein Rechtseinklagensystem mit Beweislastumkehr, bei dem nicht die von Missständen Betroffenen, sondern die Missstandsverursacher beweispflichtig sind.

Rote Karte für Militaristen!

Alle Mitgliedstaaten sind zur permanenten Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten verpflichtet. Statt dessen muss sich die EU als ziviler internationaler Konfliktlösungspartner etablieren.

Wir fordern: Radikale Entmilitarisierung. Truppenabzug aus Tschad und Irak. Befriedung Afghanistans.

Schließung von US- / Nato-Basen. Keine Raketenabwehrsysteme.

Energie-, Bio- und Land-Reform jetzt!

Ohne Footprint-Reduktion, erneuerbare Energien, CO₂-Reduktion und Atomausstieg droht das Aus. Gentechnik, Biospritbau, Monokulturen und subventionierte EU-Exporte gefährden die Ernährungssicherheit und -souveränität. Biologische Landwirtschaft muss die industrielle Bodenkontaminierung ablösen.

Soziale Gerechtigkeit!

Der Kampf um Investoren führt zu einer Abwärtsspirale bei Löhnen und Sozialleistungen. Managergehälter und Gewinne explodieren. Steuergelder werden zur Stützung maroder Konzerne verwendet, statt für Bildung, Wohnen, Gesundheit, Soziales, Energie, Verkehr, Justiz und Polizei.

Wir fordern: Selbstbestimmte Lebensgestaltung, gleiche Rechte und Löhne für Frauen und Männer. Humane Arbeitszeitregelungen, Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen. Aus für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Rüpelein und prekäre Jobs.

EU-weite Sozial- und Steuerstandards. Verkürzte Erwerbsarbeit und ausreichendes Auskommen für alle. Faire Umverteilung von oben nach unten. Großvermögensbesteuerung. Gesells.Einfl.auf Verm.>Euro10Mio Mindest/Höchsteinkommensverhältnis 1:30. Tarifhoheit und Lohndumpingverbot. Universelles Streikrecht.

Führung aller Einrichtungen von hohem öffentlichen Interesse durch Mitarbeiter, „Kunden“ und öffentliche Hand. Förderung junger Menschen.

„Niemand hat das Recht, gehorsam zu sein“

Hannah Arendt

Politikwerkstatt Europa neu gestalten
www.eunew.eu

Ungeschönte Europainformationen Music for another Europe Wichtige Europalinks
Internetwahlzelle Warum wir einen grundlegenden Wandel brauchen Ein anderes Europa im Telegrammstil

